

Schwarz-Gelbes-Finanzchaos in Hessen bedroht auch Ober-Mörlen

Nach 10 Jahren Regierungsverantwortung haben es Roland Koch und die hessische CDU geschafft, ein ehemals finanzkräftiges Bundesland in den Ruin zu führen. Tatkräftig wurden und werden sie dabei von der FDP bei ihrem finanzpolitischen Amoklauf unterstützt. Ausgerechnet eine schwarz-gelbe Regierung, die unbedingt ein Verschuldungsverbot in der hessischen Verfassung verankert haben möchte, muss jetzt diesen Offenbarungseid leisten. Trotz Frankfurter Flughafen und der Finanzmetropole Frankfurt ist es Koch und Co nicht gelungen, die sprudelnden Steuereinnahmen in intelligente und nachhaltige Investitionen wie z.B. in erneuerbare Energien oder in eine nachhaltige Bildungspolitik umzuleiten. Wohin sind die Milliarden versickert, fragen sich Hessens Bürgerinnen und Bürger zu Recht. Zumindest nicht nur als Zahlung in den Bundesfinanzausgleich, wie dies immer wieder von der Regierung betont wird. 2,9 Milliarden Euro in diesem und 3,4 Milliarden Euro im nächsten Jahr beträgt (vorerst) die geplante Neuverschuldung in Hessen. Das sind in einem Jahr mehr Schulden als vorher in 8 Jahren unter einer SPD geführten Landesregierung. Der drohende Staatsbankrott in Hessen wird auch für unsere Gemeinde in Ober-

Mörlen dramatische Konsequenzen haben. So werden deutlich weniger Gelder aus dem kommunalen Finanzausgleich nach Ober-Mörlen fließen, was zu einem nicht zu unterschätzenden Problem auf der Einnahmeseite führen wird. Schon jetzt werden zugesagte Zuschüsse beispielsweise für den Radwegausbau und die Ortskernsanierung nur in Raten und über mehrere Haushaltsjahre verteilt gezahlt, so dass die Gemeinde dafür erst einmal in Vorleistung treten muss. Harte Zeiten werden auf unsere Kommune zukommen. CDU und FDP haben mehr als eindrucksvoll bewiesen, dass sie mit einer Regierungsverantwortung völlig überfordert sind.

Liebe Bürgerinnen und Bürger von Ober-Mörlen, Schwarz-Gelb ist weder auf Bundes- noch auf Landesebene eine Lösung. Zur SPD, die zwar in jüngster Zeit, teilweise zu Recht, kritisiert wurde, gibt es trotzdem keine vernünftige Alternative. Nur wir stehen für eine soziale und verantwortungsvolle Wirtschafts- und Sozialpolitik.



Geben Sie Ihr Recht auf Selbstbestimmung nicht aus der Hand!

Wir alle kennen jemanden, der unter der Wirtschaftskrise zu leiden hat. Kurzarbeit oder gar den Job ganz verloren, Altersvorsorge weg - das und anderes sind die Folgen, die die Krise hinterlässt, angefacht durch einen ungezügelt Kapitalismus. Eines zeigt die Krise ganz deutlich: Die Selbstregulierungskräfte der Märkte, stets gepriesen von Neoliberalen und Konservativen, haben versagt. Arbeitnehmer und Mittelständ-

ler, die Gruppen der größten Steuerzahler, müssen es ausbaden. Unsere Lehre daraus: Wir brauchen starke Staaten, die neue und strenge Regeln durchsetzen und auch kontrollieren.

Unser vorrangiges Ziel in der Krise aber ist es, Arbeitsplätze zu sichern. Mit allen Mitteln und undogmatisch. Wir wollen, dass alle Menschen Arbeit haben und dafür auch anständig bezahlt werden.

Dafür setzen wir uns ein:

- Frauen und Männer müssen anständig von und mit ihrer Arbeit leben können. Deshalb: Mindestlöhne für alle Berufe und starke Rechte für die Arbeitnehmerschaft.
- Gleiche Arbeit verdient gleichen Lohn.
- Die Arbeitsbedingungen müssen stimmen. Nur so entstehen Wohlstand und hohe Produktivität.
- Frauen und Männer müssen Familie und Beruf unter einen Hut bringen können. Betreuungsplätze für Kinder ab 2 Jahren stehen in Einrichtungen unter kommunaler und kirchlicher Trägerschaft zur Verfügung. Ganztagschulen mit Öffnungszeiten bis zum späten Nachmittag müssen etabliert werden.
- Besonders belastete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen auf einen flexiblen Übergang in die Rente vertrauen können.
- Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen weiterhin die Möglichkeit erhalten, in Altersteilzeit gehen zu können.

Wir wollen außerdem:

- den Jobmotor "Erneuerbare Energien" weiter stärken.
- dass alle Jugendlichen auch in Zeiten der Krise Lehrstellen erhalten oder Weiterbildungsmöglichkeiten angeboten bekommen,
- faire Erzeugerpreise für unsere Bauern,
- die ärztliche Versorgung auf dem Lande sichern.



**ANPACKEN.
FÜR UNSER LAND.**

Dafür setzen wir uns ein:

- Frauen und Männer müssen anständig von und mit ihrer Arbeit leben können. Deshalb: Mindestlöhne für alle Berufe und starke Rechte für die Arbeitnehmerschaft.
- Gleiche Arbeit verdient gleichen Lohn.
- Die Arbeitsbedingungen müssen stimmen. Nur so entstehen Wohlstand und hohe Produktivität.
- Frauen und Männer müssen Familie und

Bitte, gehen Sie zur Wahl.

Geben Sie Ihr Recht auf

Selbstbestimmung nicht aus der Hand !

Sie haben 2 Stimmen.

Stimmzettel

für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 27. September 2009

Sie haben 2 Stimmen

hier 1 Stimme
für die Wahl
eines/einer Wahlkreis-
abgeordneten



Erststimme

hier 1 Stimme
für die Wahl
einer Landesliste (Partei)
- maßgebende Stimme für die Verteilung der
Sitze insgesamt auf die einzelnen Parteien -



Zweitstimme

1	Nina Hauer	SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands	<input type="radio"/>
---	------------	---	-----------------------

<input type="radio"/>	SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands Heidemarie Wieczorek-Zeul, Michael Roth, Brigitte Zypries, Rüdiger Veit, Ulrich Meßmer	1
-----------------------	-----	---	---

Sozialdemokratische Politik in Ober-Mörlen



Nach der Kommunalwahl im März 2006 schlossen SPD, FWG und Bündnis 90Die Grünen einen themenbezogenen Kooperationsvertrag. Somit kann die SPD ihre sozialdemokratische Politik für die Bürgerinnen und Bürger von Ober-Mörlen und Langenhain-Ziegenberg erfolgreich gestalten und die Entwicklung der Gemeinde vorantreiben. Ein Blick auf die bisherige Arbeit:

- Die alte Mädchenschule wurde abgerissen und ein Konzept für die Neugestaltung des Platzes in die Wege geleitet.
- Zahlreiche öffentliche und private Projekte im Rahmen der Ortskernsanierung wurden und werden realisiert, wie zum Beispiel das Schlossareal.
- Die Sanierung der Usatalhalle steht unmittelbar bevor.
- Ausgeglichene Haushalte der letzten Jahre sowie ein kontinuierlicher Schuldenabbau tragen die Handschrift der SPD.
- Das Gewerbegebiet 3a ist erschlossen und ein großes Unternehmen hat sich bereits etabliert.
- Ca. 1.5 Mill EUR wurden in Regenüberlaufbecken und einen Staukanal investiert.
- Die SPD hat sich stark gemacht für den Erhalt und die Ausweitung von Streuobstwiesen, wie sie für unsere Kulturlandschaft charakteristisch sind.
- Das Problem der Schulbushaltestelle am Maiberg ist gelöst. Mit Mitteln aus den Konjunkturprogrammen wird eine Verlegung möglich.
- Zur Zeit laufen die Planungen für verkehrsberuhigende Maßnahmen an den Ortseingängen.
- In den Kitas werden mittlerweile auch Kinder unter drei Jahre aufgenommen.
- Die Sanierung und Erweiterung der Friedhöfe in Langenhain-Ziegenberg und Ober-Mörlen ist abgeschlossen. Urnenwände und Baumgräber sind jetzt zusätzlich wählbar.